

Die nachfolgende Rede wurde anlässlich der XXVIII. Jahrestagung des Deutsch-Französischen Instituts von Frau Renate Lasker-Harpprecht am 28. Juni 2011 in der Musikhalle Ludwigsburg vorgetragen. Frau Lasker-Harpprecht vertrat bei diesem Festvortrag kurzfristig ihren Mann, Klaus Harpprecht, der uns das Manuskript seiner Rede freundlicherweise zur Veröffentlichung überlassen hat. Wir haben den Vortragsstil beibehalten und den Text nur minimal gekürzt. (Die Herausgeber)

Renaissance des National-Staates?

Klaus Harpprecht

Mesdames et Messieurs, meine Damen und Herren.

Das Beste an dem Titel – Renaissance des National-Staates? – ist das Fragezeichen. Es nimmt meine Antwort mit einem beschwörenden Hüsteln vorweg, und hoffentlich nicht nur die meine. Ganz so sicher ist das nicht. Michael Naumann, einer der schärfsten Geister der Bundesrepublik, prüfte in einem Essay in „Cicero“, ob wir nicht, mitten in der Krise, mit einem Triumph der nationalen Egoismen konfrontiert sind, der auf fatale Weise einer Grundstimmung der Völker entspricht, Glücksfälle wie Polen ausgenommen.

Diese Andeutung wäre der ideale Moment, sich in die Debatte des Sommers 2012 zu stürzen – doch eben davor wurde ich gewarnt: ich möge mich bitte davor hüten, den Lockungen der Aktualität so willig nachzugeben, wie ich's gern tun würde; meine Einsichten, wurde ich freundlich ermahnt, dürften in einem halben Jahr nicht wie der Schnee von gestern dahingeschmolzen sein, sondern müssten noch immer eine Spur von Interesse finden. Aber wie sollte ich mich zügeln, wenn die Frage, die ich fürs gemeinsame Nachdenken formulierte – Europa oder Nationalstaat? – mit solcher Wucht diskutiert wird, wie es seit dem Einzug von François Hollande ins *Palais d'Elysée* und dem europäischen Credo von Angela Merkel geschieht? Die europäische Einheit war das zentrale Sujet meiner journalistischen Arbeit, seit der visionären Rede Winston Churchills an der Züricher Universität im September 1946, in der er die Etablierung

der Vereinigten Staaten von Europa als die einzige Chance des Überlebens in der Konfrontation mit dem sowjetischen Imperium Stalins beschwor. Voraussetzung sei, rief der bullig-vitale und zugleich so sensible Garant des Widerstandes gegen das Nazi-Reich, sei das fast Undenkbare und dennoch Notwendige: die Versöhnung Deutschlands und Frankreichs. Jene große Rede, die in Paris eher kühl oder mit einem gequälten Schweigen aufgenommen wurde, war für mich, den neunzehnjährigen Kriegsveteranen, der erste Schimmer der Hoffnung. Winston Churchill hat uns, hat mir den entscheidenden Auftrag gezeigt, der unserer Generation inmitten des materiellen und moralischen Trümmerfeldes am Ende des Zweiten Weltkrieges und in der Konsequenz der entsetzlichen Verbrechen, die jemals der Menschheit zugefügt worden sind, von der Geschichte zugewiesen wurde. Der Auftrag ist noch nicht erfüllt. Er ist partiell zur prägenden Realität des Kontinents geworden. Aber zu einer Realität, die nicht revidierbar ist? Hoffen wir, dass es so ist. Wäre es anders, wäre der größte Markt der Welt zur permanenten Machtlosigkeit, zu einer kümmer-Existenz, zu partieller Armut, bestenfalls zu einem dürftigen Überleben als das große Disneyland des Erdkreises verurteilt.

Doch nun schäumen die Journale geradezu über von temperamentvollen, ja leidenschaftlichen Antworten auf jene Grundfrage, der wir uns an jeder der entscheidenden Etappen unseres Weges durch die Nachkriegsgeschichte zu stellen hatten. An jeder Station des europäischen Werkes waren die Staatsleute und die Bürger, die politische Klasse und Medienklasse mit der Frage konfrontiert, ob sie bereit seien, die Souveränitätsrechte des Nationalstaates – eines nach dem anderen – an die europäischen Institutionen abzutreten. So geschah es, doch der Wandel vollzieht sich im politischen und gesellschaftlichen Bewusstsein der europäischen Bürger nur mit langwierigem Umstand, zumal uns die Anwälte der Beharrung unermüdlich einreden, die Nation sei die natürliche Ordnung der Völker und der Nationalstaat der einzig zuverlässige Hort der Geborgenheit, durch keine europäische Alternative ersetzbar. Es ist eine ungemütliche Wahrheit: aber manchmal muss der demokratischen Vernunft auf die Beine geholfen werden. Wäre der europäische Fortschritt stets von Referenden abhängig gemacht worden: es gäbe kein Europa.

Aber ist der Nationalstaat tatsächlich die einzig zuverlässige Organisation der Völker? Zweifel sind angebracht. Mitten in den Mühen des Sommers 2012, die von unseren Staatsleuten verlangten, Griechenland trotz aller chaotischen Wirren nicht vor die Tür der Euro-Gemeinschaft zu setzen und die wankenden Banken Spaniens vor dem Einsturz zu bewahren, darüber hinaus Italien zu stützen – mitten in dieser weiß Gott angespannten Lage fand es die Kanzlerin angebracht, mit einer europäischen Konfession vors Volk und vor die Partner zu treten: der Grundsatzerklärung, auf die wir so lange gewartet hatten, nicht immer gewiss, ob für die ostdeutsche Pastoren-Tochter Europa mehr war als ein Lippenbekenntnis. Die DDR, in der sie aufwuchs, wollte von der Vereinigung Europas nichts wissen. Sie war für die kommunistischen Machtverwalter

nichts anderes als eine kapitalistische Verschwörung. Die Zwangsbürger des (vermeintlich) sozialistischen Staates durften von dem grandiosen Prozess, der sich jenseits des Zaunes vollzog, nichts wissen.

Wir fürchteten, Frau Merkel werde eine – sorgsam camouffierte – Europa-Fremdheit niemals ganz abschütteln. Und nun plötzlich, während die Partner von der reichen Bundesrepublik eine gigantische materielle Leistung zur Rettung des Eurolandes und seiner schwächeren Kinder immer ungeduldiger einforderten, stimmte die Kanzlerin ihr europäisches Credo an, das die Herzen der Gründerväter – ob Jean Monnet oder Robert Schuman, ob Konrad Adenauer oder Alcide de Gasperi – hätten aufjubeln lassen, das den Beifall von Willy Brandt, Helmut Schmidt, Gerhard Schröder, aber auch von François Mitterrand und Jacques Delors verdiente (des besten Kommissionspräsidenten, der jemals in Brüssel regierte) – und vor allem den Applaus ihres tapferen Finanzministers Wolfgang Schäuble, der just jenes Bekenntnis zur Politischen Union zusammen mit Karl Lamers schon vor nahezu zwei Jahrzehnten vorgelegt hatte. Die Kanzlerin wollte und will angesichts der Krise „mehr Europa“: nicht nur die Koordination und gemeinsame Kontrolle der Finanzpolitik, mit anderen Worten, eine europäische Finanzregierung als das bindende Element einer veritablen politischen Union, sondern auch ein gestärktes Europäisches Parlament und eine Direktwahl des Präsidenten der Kommission durch die Bürger der Union, die damit sozusagen zum europäischen Volk erklärt würden. Ohnedies, sagte sie, sei der Umgang der Partnerstaaten miteinander schon längst „europäische Innenpolitik“. Die Abtretung weiterer Souveränitätsrechte der Nationalstaaten an die Europäische Union werde notwendig sein, beschied sie, und sie betonte – was nicht anders im Vertrag von Lissabon steht –, dass ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ möglich sein müsse, denn „wir sollten nicht aufgehalten werden, weil das eine oder andere Land uns noch nicht folgen kann“, ein Konzept, das François Fillon, der Premierminister des abgewählten Präsidenten Sarkozy, als die Billigung eines „Kern-Europa“ begriff.

Das Merkel-Credo war nicht nur die ersehnte Antwort auf jene Gretchenfrage, die jedes Mitglied der Europäischen Union immer von neuem zu beantworten hat: die Frage nach der Bereitschaft zum Abschied vom Nationalstaat, der so lange Ziel und Wesen der Politik zu sein schien. Das Bekenntnis war auch ein taktisches Manöver (freilich nicht nur): *Do ut des*. Die Partner verlangen von der Bundesrepublik, mit ihrer Konjunktur der europäischen Armada weit voraus, die Schaffung von „Eurobonds“ oder „Euro-Obligationen“ als die ultimative Aktion zur Stabilisierung der Währung. Dies hieß, dass die Deutschen dem billigen Geld, in dem sie schwammen, adieu sagen müssten. Mit anderen Worten: es wurde, es wird von ihnen ein Milliarden-Opfer erwartet, jetzt und sofort. Ein gewaltiger Aufwand, das ist wohl wahr, der allerdings kaum dem Vermögenstransfer des deutschen Westens nach der einstigen DDR gleichkommt – eine Finanzleistung, die historisch ohne Beispiel ist.

Das, machte die Kanzlerin deutlich, gebe es nicht umsonst. Sie besteht auf einer Gegenleistung – nicht so sehr zugunsten Deutschlands, sondern für Europa, um den schon lange fälligen Wandel vom Staatenbund zum Bundesstaat zu beschleunigen. Sie deutete an, dass sie auf das Veto gegen die Euro-Bonds verzichten könnte, wenn ... Auch dank des guten Zuredens der sozialdemokratischen Opposition, mit der sie de facto in einer stillen Großen Koalition verbunden ist, wie Frédéric Lemaître, der „Le Monde“-Korrespondent in Berlin, aufmerksam notierte. Sie braucht die SPD für die Ratifikation des Stabilitätsvertrages, der durch eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag gebilligt werden muss, und sie braucht sie für die Politik von Tag zu Tag, weil die Opposition seit ihrer nordrhein-westfälischen Jubelwahl über eine Mehrheit im Bundesrat verfügt.

Die Troika im Willy-Brandt-Haus regiert in Deutschland mit. Umso besser, dass sie sich intensiv um eine enge Verbindung zu Präsident Hollande und zu seinem Premierminister Jean-Marc Ayrault bemühte, schon lange vor der Wahl: so fällt ihr die Chance zur Vermittlung zwischen den neuen Chefs in Paris und der Kanzlerin zu. Es entging den Troikanern nicht, dass die sozialistische Führungsequipe in Frankreich fast erschrocken auf Merckels europäische Vision reagierte. Bernard Cazeneuve, der Europa-Minister, antwortete kühl, eineinhalb Jahre, nachdem der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten sei, betrachte er es nicht als prioritär, eine neue Reform der Institutionen zu beginnen. Eine Intensivierung der politischen Integration, fügte er hinzu, könne nicht ohne die Zustimmung der Völker ins Auge gefasst werden, und diese werde nicht möglich sein, ehe die Europäische Union ihre Fähigkeit gezeigt habe, Antworten auf die Krise zu finden.

Das war ein halbwegs höflich formuliertes Nein. Es überrascht nicht, dass der Minister einst – Seite an Seite mit Laurent Fabius – die europäische Verfassung abgelehnt hat. Der Staatschef stellte indessen nüchtern fest, die Eurobonds stünden für die Deutschen am Ende der Entwicklung, für die Franzosen am Anfang. Ganz in diesem Sinne plädierte der Wirtschaftsminister Moscovici für eine „funktionelle Integration“, und im Umfeld der sozialistischen Regenten bemerkte man flott – so berichtete es Frédéric Lemaître –, der „Föderalismus nach Väterart“ sei passé. Der Korrespondent fügte trocken hinzu, für die Deutschen sei er die Zukunft.

Seine Kollegin Pascale Hugues, die Korrespondentin des Wochenmagazins „Le Point“, holte in einem großen Gespräch mit Gerhard Schröder eine klare Bekräftigung des Konzeptes von Angela Merkel ein. „Wir müssen die Vereinigten Staaten von Europa schaffen“, sagte der Ex-Kanzler klipp und klar. „Das ist für sie (die Franzosen) schwieriger als für die Deutschen. Aber Frankreich muss lernen, auf wichtige Kompetenzen zu verzichten... Wir haben keine andere Wahl...“ Die gegenwärtige Krise, bemerkte der letzte sozialdemokratische Regierungschef, habe das Verdienst, uns ein anderes Mal darüber aufzuklären, dass die Währungsunion ohne eine gemeinsame Finanz- und Etat-Politik, ja ohne eine gemeinsame Sozialpolitik nicht funktionieren könne. Indes-

sen plädierte eine Studiengruppe des „Nicolas Berggruen-Institutes“ energisch für ein System der Schuldengarantie in der Euro-Zone, und sie hieß den Vorschlag der deutschen Wirtschaftswesen gut, einen Tilgungsfonds zu gründen. Mit dem Blick auf die Euro-Obligationen bemerkten die Experten streng: alle Vorschläge, die für Deutschland akzeptabel seien, bedeuteten einen massiven Verlust an nationaler Souveränität, der für die „Randländer“ unerträglich sei. Die schwächeren Partner seien nicht bereit, „Objekt einer neo-kolonialen Unterwerfung“ zu werden. Die Pläne der Kanzlerin aber weisen das Recht zur Kontrolle der nationalen Etats der Brüsseler Kommission zu. Offensichtlich wittern die gefährdeten Partner auch dahinter eine Art „Neo-Kolonialismus“ der Deutschen. Das ist nicht gerecht. Dennoch, die Mahnung an die Mächtigen in Berlin, ihr Selbstbewusstsein zu zähmen, sollte ernst genommen werden. Wer wüsste es besser als die Deutschen, dass Ressentiments in der Regel ein Produkt der Unsicherheit sind.

Die Verantwortlichen in Berlin wollen freilich, ehe sie ein anderes Mal in die Tasche greifen, ein gemeinsames Konzept für den europäischen Fortschritt. Gut so. Umso mehr, da sich die Bundesrepublik mit dem Wort der Kanzlerin von neuem bereit zeigt, sogenannte Souveränitäten auf die Brüsseler Institutionen zu übertragen. (Das wird auch das Bundesverfassungsgericht akzeptieren müssen, da bisher jede Übertragung von nationalen Rechten auf Europa nicht gegen das Grundgesetz verstieß. Warum sollte das plötzlich anders sein? Selbst die Vereinigung der beiden deutschen Staaten konnte ohne eine Verfassungsänderung vollzogen werden. Der Aufbau Europas ist im Grundgesetz so klar verankert wie die Wiedervereinigung, die es ohne die Einbindung in die Europäische Union nicht gegeben hätte).

Wie lässt sich die gegenseitige Blockade der Argumente brechen? Wie kann den Kontrahenten das Kalkül der Erpressung ausgeredet werden, da alle Beteiligten meinen, sie säßen am längeren Hebel? Die Deutschen hocken auf dem Geld, das die anderen dringend brauchen, und jene anderen demonstrieren den Deutschen, dass sie im Begriff sind, sich in einen Zustand der Isolierung zu manövrieren, der Europa und vor allem ihnen selber niemals gut bekommen ist. Außerdem nehmen die Länder der Europäischen Union etwa zwei Drittel der deutschen Exporte auf. Die kleinen und mittleren Unternehmen profitieren nur am Rande von den Geschwadern der Mercedes-Limousinen, der flotten BMW, der eleganten Audi, mit denen die Snobs der neureichen Klasse in China gern ihre monetäre Potenz demonstrieren. Für die deutschen Unternehmer ist die Vitalität der Märkte in Europa eine Lebensfrage. Sie können sich eine Verelendung der Partner nicht leisten. Die deutschen Marktstrategen wissen genauer als manche der Maulhelden in Berlin, wer von der gemeinsamen Währung vor allem profitierte: die Deutschen. Überdies: für die europäische Föderation wird gelten, was im deutschen Bundesstaat selbstverständlich ist: der Finanzausgleich zwischen den reichen und den schwachen Ländern (zu denen bis in die neunziger Jahre auch Bayern gehörte, das heute auf einem so hohen Ross sitzt).

Die Experten des Berggruen-Institutes – unter ihnen einige Leuchten der amerikanischen Wirtschaftswissenschaft – bekräftigten, ganz im Sinne der Kanzlerin, dass die Politische Union die Konsequenz der Währungsunion sein muss – und es von Anbeginn war. Aber: Europa dürfe sich bei der Bewältigung der akuten Krise nicht die Zeit lassen, die es nicht habe. Die Szene des Jahres 2012 erinnerte die Herren an die Katastrophe der Banken in der großen Depression. Man weiß, was folgte: das Massenelend und der Januar 1933. Der Aufbruch in die Katastrophe.

In Berlin, in Paris und ringsum ist freilich eine Generation am Werk, deren Protagonisten lange nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurden. Das heißt nicht, dass sie sich im Zustand der Unschuld befinden. Die bitteren Lektionen, die den Eltern, den Großeltern verpasst wurden, können nicht völlig verdrängt sein. Es kann nicht vergessen sein, dass die beiden Katastrophen des zwanzigsten Jahrhunderts das unermessliche Zerstörungspotential der Nationalismen bewiesen haben – und das Scheitern des Systems der Nationalstaaten. Es garantierte Europa niemals jene Balance, die den Frieden sichern sollte. Das „europäische Gleichgewicht“, das viel zitierte, gab es nicht. Das Schwergewicht in der Mitte sorgte für eine permanente Erschütterung. Das Reich Otto von Bismarcks und seiner Erben war – wirtschaftlich und militärisch – zu potent, um dauerhaft in Schach gehalten zu werden. Und es war niemals fähig, den Kontinent zu beherrschen, auch nicht mit den Vernichtungsmaschinen und der amoralischen Ruchlosigkeit der Nazi-Narren. Darum existiert die Europäische Union, die das System der Nationalstaaten Schritt für Schritt entmächtigen soll, um ein neues, verlässliches Gleichgewicht in der Kooperation und Integration der Interessen unter der Autorität der gemeinsamen Institutionen zu schaffen: der Kommission, dem Europäischen Parlament und dem „Rat“ der Nationalregierungen als einer Art zweiter Kammer.

Den Deutschen wird der Verzicht auf Souveränitäten nicht allzu schwer. Ihre zentralistisch organisierte Einheit im Nationalstaat des Bismarck-Reiches war nach 75 Jahren dahin – eine Episode im Gang der Geschichte. Und war es denn ein „Nationalstaat“, dieses seltsame Reich, das von dem genialen (und am Ende doch zu kurzatmigen) Gründungskanzler Bismarck mittels seiner drei sogenannten „Einigungskriege“ mit einiger Willkür zusammengezimmert wurde? Eine artifizielle Konstruktion, auch wenn sie einer patriotischen Stimmung entsprach, die freilich ihren „großdeutschen“ Grundklang erst nach dem Zweiten Weltkrieg verlor... War das kleindeutsche Reich nicht eher ein Großpreußen – trotz der föderalistischen Relikte im deutschen Süden? Entwickelte es sich nicht mehr und mehr zum zentralistischen Militärstaat – trotz einer rechtstaatlichen Ordnung, trotz der partiellen Demokratisierung, trotz des Reichstages, der nicht machtlos war, aber nicht über das Recht verfügte, auf das es ankam: den Kanzler und die Regierung zu berufen oder zum Rücktritt zu zwingen? Trotz des wachsenden Gewichts des Bürgertums, dank der üppig gedeihenden Industrialisierung, die dennoch keine Zivilgesellschaft formte? Trotz der progressiven Sozialgesetzgebung, mit der Bismarck

den Zulauf zu den Sozialdemokraten aufzuhalten versuchte? Trotz der Konsolidierung der Parteien, die der Repression (wie das katholische Zentrum) oder dem Verbot (wie die SPD) widerstanden?

Nein, der kleindeutsche Nationalstaat entsprach – bis zur Republik von Weimar – keineswegs jener „*volonté générale*“ der Großen Revolution, die Frankreich als Nation und als Nationalstaat geformt hat. Es stellt sich freilich die Frage, ob es eine andere Nation, einen anderen Nationalstaat gibt, die dem französischen Ideal – wenn es denn eines ist – völlig gemäß sind. Deutschland wohl kaum. Es war in seiner tausendjährigen Geschichte stets eine Föderation: das Heilige Römische Reich deutscher Nation ein Bundesstaat, zu Zeiten eher ein Staatenbund, und nicht immer ein friedlicher. Deutschland hat sich nach der zweiten nationalen Katastrophe wieder als eine Föderation geformt, die ohne Zweifel seine natürliche Existenzform ist. Italien, das sich als Nationalstaat ein wenig früher etablierte als das bismarcksche Deutschland: de facto eine eher mühselige Koexistenz zwischen dem industrialisierten und zivilisatorisch hoch entwickelten Norden und dem Mezzogiorno, der arm ist und vermutlich arm bleiben wird, vom Norden ausgehalten. Großbritannien? Historisch war es eine nicht immer freiwillige Föderation. Schottland und Wales haben eine gewisse Autonomie gewonnen, doch ein guter Teil der Schotten fordert die völlige Lösung vom Vereinigten Königreich. Mit der Europäischen Union würde es sich womöglich enger verbinden, als Großbritannien dies wünscht.

Der Religionshistoriker Ernest Renan sagte in seiner großen Rede über die Nation, vorgetragen in der Sorbonne am 11. März 1882 (im März 1993 legte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ die erste deutsche Übersetzung vor): „Es ist der Ruhm Frankreichs, durch die Französische Revolution verkündet zu haben, dass eine Nation aus sich selbst existiert.“ Ein erhabenes Wort, in dem sich eine Art mystisch-mythischer, wenn nicht religiöser Offenbarung annonciert. Davor und danach definierte Renan mit nüchterner Sorgfalt, was die Nation nicht ist: weder eine „Rasse“, noch eine ethnische Formation. Sie wird nicht durch „Blut und Boden“ definiert. Frankreich sei keltisch, iberisch, germanisch, sagte der Gelehrte, Deutschland germanisch, keltisch und slawisch. Hellsichtig warnte er die Deutschen vor der Illusion, sie seien ein „rein germanisches Land“. „Der ganze Süden“, rief er, „war gallisch, der ganze Osten, von der Elbe an, ist slawisch“ – und er wies die Deutschen, die „die Flagge der Ethnographie so hoch gehisst haben“, mit einem Gran Ironie darauf hin, dass sie „eines Tages erleben“ könnten, wie die Slawen ihrerseits die Dorfnamen Sachsens und der Lausitz erforschen... und Rechenschaft für die Gemetzel fordern, die ihren Ahnen von den Ottonen angetan wurden.“ „Es ist für alle gut, vergessen zu können“, fügte er weise hinzu.

Für Renan war die Nation auch keine Spracheinheit. Es ehre „Frankreich“, bemerkte er etwas naiv, „dass es niemals versucht“ habe, „die Einheit der Sprache mit Zwang durchzusetzen“. Mit Zwang vielleicht nicht, mit wachsendem Druck schon. Die

Regierungen – ob republikanisch oder (unter Napoléon III.) monarchistisch – betrieben die sprachliche Gleichschaltung mit beachtlicher Energie. Nach den Forschungen des englischen Historikers Theodore Zeldin bediente sich um 1835 eine Mehrheit der Bürger im Alltag nicht des Französischen, sondern ihrer angestammten Sprache: des Flämischen oder Bretonischen, des Okzitanischen (mit dem Katalanischen eng verwandt) oder des Provenzalischen, des Italienischen oder des Alemannischen. Davon konnte am Ende des Jahrhunderts keine Rede mehr sein. Ernest Renan mahnte: „Wenn man zuviel Wert auf die Sprache legt, schließt man sich in einer bestimmten, als national geltenden Kultur ein. Man verlässt die freie Luft, die man in der Weite der Menschheit atmet... Nichts ist schlimmer für den Geist, nichts schlimmer für die Zivilisation“.

Unterdessen hat Frankreich entdeckt, dass die Sprachen der Minderheiten ein kultureller Reichtum sind, und es bemüht sich, das Bretonische (das nur noch etwa 70.000 Menschen sprechen) und das Provenzalische am Leben zu erhalten. Auch das Alemannische ist nicht mehr verpönt. Es könnte dennoch untergehen, nicht so sehr vom Französischen, sondern vom Fernsehdeutsch der Nachbarn verdrängt.

Die Mitglieder der regierenden Elite in 19. Jahrhundert bestanden – soweit sie sich als Kinder der Revolution fühlten – niemals auf der Einheit der Religion (anders als die Konservativen). Das Machtgefüge des französischen Katholizismus war durch die Revolution gebrochen worden: für die überlebenden Protestanten und die Juden ein Akt der Befreiung, der ihre Nachfahren – auch die reichen Familien der „bourgeoisie protestante“ – stets zu einer gewissen Offenheit nach links verpflichtete. Es waren die reichen Protestanten, die vor dem Ersten Weltkrieg den großen Sozialisten Jean Jaurès und seine „Humanité“ finanzierten, nach dem Zweiten Weltkrieg die aufmüpfige „Libération“. Nach Renans Überzeugung konnte die Nation nur in einem laizistischen Staat gedeihen. Nicht nur, weil der Laizismus eine Garantie der geistigen Freiheit ist. Vielmehr auch, weil die Nation bis zu einem gewissen Grad mit der Religion konkurriert. „Eine Nation ist eine Seele“, deklarierte Renan, „ein geistiges Prinzip“, „eine spirituelle Familie“.

Da ist er, der quasi-religiöse Anspruch der Nation, der bei den linken Kindern der Revolution stärker ausgeprägt ist als in den konservativeren Schichten. Die nationale Erinnerung ersetzt die vom Glauben geprägte Tradition. Wie es sich für eine quasi-religiöse Gemeinschaft gehört, richtet sie sich vor allem im Gedanken an die Märtyrer und ihre Opfer auf. „Das gemeinsame Leid eint mehr als die Freude“, sagte Renan voller Bewegung. „Die Erinnerungen und die Trauer wiegen mehr als die Triumphe“. Und: „Eine Nation ist eine große Solidargemeinschaft, getragen von dem Gefühl der Opfer, die man gebracht hat, und der Opfer, die man zu bringen gewillt ist.“ Dann das Wort, das unermüdlich zitiert wird (als einziges der grandiosen Rede): „Das Dasein einer Nation ist ein tägliches Plebiszit“. Kein rationales Prinzip. Keine weltlich-politische

Organisation. Ein Wesen mythischen Charakters, das sich in der Tat – wie jede religiöse Offenbarung – zuletzt aus sich selbst erklärt. Ein stets erneuerter Glaubensakt.

Man darf von einer republikanischen Ersatzkirche sprechen, die – weiß der Himmel wie oft im Gang eines Jahres – zur patriotischen Messe einlädt. Wie in der Kirche sind es die Alten, die sich getreulich bei den Feiern einfinden. Die Jungen interessiert das so wenig wie die kirchliche Messe. Doch auch für die heranwachsende Generation bewahrt die Nation einen Hauch, einen Schimmer religiöser Überhöhung. Sie macht es – trotz aller Einsicht in die Notwendigkeiten des Hier und Heute – für die Franzosen so viel schwerer als für die Deutschen, auf „Souveränitäten“ zu verzichten, auch wenn sie kaum mehr von praktischer Relevanz sind: abstrakte Ansprüche, von den Realitäten schon lange ausgehöhlt. Sie dahinzugeben, heißt, Glaubensartikel zu opfern.

Die Deutschen erlebten den quasi-religiösen Anspruch der „Nation“ nicht als ein klar definiertes geschichtliches Erbe, nicht als eine erfahrene Existenzform, sondern vor allem als Zustand nationalistischer Berauschung, in der sich ein „höheres Wesen“ offenbarte. „Gott mit uns“, stand noch im Zweiten Weltkrieg auf den Koppelschlössern der Soldaten. Das Dritte Reich steigerte den Glauben an die Nation zu einer Besessenheit, die den „ganzen Menschen“ wollte (wie der Blutrichter Freisler dem bekennenden Christen Peter von Kleist in seinem Prozess nach dem 20. Juli 1944 zurief – ehe er das Todesurteil verhängte). Den ganzen Menschen, der dem totalitären Irrglauben jedes Opfer zu bringen, für den er jedes Verbrechen zu begehen hatte – und gewissenlos beging, zumal die Grausamkeit, die Tortur, der Mord den Instinkten entsprach, die in einem zivilisierten Dasein in die dunkelsten Keller der Seele gesperrt bleiben. Die Deutschen erlebten den Nationalismus in einer monströsen Perversion, die sie zu den schrecklichsten Verbrechen der Menschheitsgeschichte trieb.

Wir sollten der Frage nicht ausweichen: ist die Nation ohne die Gefahr des Umschlags in die Irrationalität des Nationalismus überhaupt denkbar? Die Auskünfte der Geschichte stimmen uns, was dies angeht, nicht allzu optimistisch. Die Organisation der Völker in Nationalstaaten, die sich nach dem Ersten Weltkrieg mit der Zerschlagung des übernationalen Reichs der Habsburger, vor allem am Ende des kolonialistischen Zeitalters in einem geradezu inflationärem Prozess vollzog, produzierte fast überall lang schwelende Konflikte – und in der Regel Krieg. Nur die kontinentalen Riesenreiche wie China und Indien, zuvor schon Russland und die Vereinigten Staaten, fügten sich nicht in das Konzept, das Frankreich als ein universales Vorbild den Völkern dieser Erde vermacht hatte.

Die französische Idee der Nation fand unter den Deutschen manche neidvollen Bewunderer. Beredsamer als alle anderen sagte Friedrich Sieburg in seinem großen Essay „Gott in Frankreich“ den Deutschen durch die blau-weiß-rote Blume: so sollten wir sein, treue Söhne der Nation, die am Sonntag gemütlich angeln gehen. In seiner nationalen Erbauungsschrift aus dem Jahre 1933 – „Es werde Deutschland“, so der etwas

peinliche Titel, den die Nazis rasch verschwinden ließen – erklärte er seinen Deutschen, sie seien eben anders als die Franzosen, zu einem anderen Geschick bestimmt. Ihre Blume war schwarz-weiß-rot. (Die Nazis stießen sich vor allem an Sieburgs kritischer Distanzierung von ihrer antisemitischen Besessenheit).

Aber Sieburg fragte niemals, ob die Franzosen denn immer Glück hatten mit ihrer Idee der Nation und der Realität der Republik. Der Staat, den die Revolution geschaffen hatte – in Jubelstürmen, dann rasch in bitterem Leid – wurde nach einem guten Jahrzehnt im Konsulat des Korsen umgeformt, und im Dezember 1804 setzte sich der Usurpator die Kaiserkrone aufs Haupt. Die Diktatur – nichts anderes war seine Herrschaft – stiftete mit ihrer Rechtsordnung einen zivilisatorischen Segen, von dem Europa, ja die Welt heute noch zehrt. Aber ihre permanenten Kriege kosteten die Franzosen wenigstens eine Million Menschenleben (das Land zählte damals knapp dreißig Millionen). Nach seinem Sturz hatte das Land mehr als drei Jahrzehnte mediokrer Königsherrschaft über den halbherzig demokratisierten Staat zu ertragen. Die Republik von 1848 wurde nur zwei Jahre später fortgefegt von Louis Napoléon, der sich noch einmal zwei Jahre danach zum Kaiser ernannte. Erst im Jahrzehnt nach der Niederlage in Bismarcks Krieg etablierte sich die demokratisch konsolidierte Dritte Republik. Bis zur Fünften Republik von Charles de Gaulle ließen die Franzosen wenigstens zwanzig Verfassungswechsel über sich ergehen. Ein Muster an Stabilität war der Nationalstaat nicht.

Der Generalpräsident zeigte sich als erster Staatschef entschlossen, den Prozess der Zentralisierung, der unterm Sonnenkönig begonnen hatte, aufzuhalten und – soweit möglich – umzukehren. Die politische, die kulturelle, partiell auch ökonomische Auszehrung der Provinzen zugunsten der Hauptstadt fand ein Ende. Der Wandel vollzieht sich langsam, mit immer neuen Aufenthalten. Doch die Regionen gewannen eine neue Vitalität. Jean-Marie Colombani, lange Jahre Chefredakteur von „Le Monde“, wagte die These, die Republik der Jakobiner weiche nach mehr als zwei Jahrhunderten der Republik der Girondisten. Er verstand, wie einst die liberalen Opponenten von Robespierre, die Dezentralisierung der Republik als den Beginn der inneren Föderalisierung, die in Frankreich nicht länger ein Unwort ist (was sie lange Zeit war): vielmehr ein Grundbegriff der Europäisierung.

Tröstliche Einsicht: das Europa, das in sechs Jahrzehnten geschaffen wurde, lässt sich nicht mehr demontieren – obwohl Vorsicht geboten ist, denn noch immer lauert hinter manchen Ecken der Machthunger der nationalen Bürokratien: siehe den fatalen Beschluss der Innenminister, die Bestimmungen des Schengen-Abkommens über den freien, grenzenlosen Personen- und Güterverkehr in nationaler Willkür zeitweise aufzuheben, um der illegalen Einwanderung Herr zu werden. Beharrlich werden die Ressentiments gegen Brüssel und seine „Technokraten“ geschürt, um von der Aufgeblasenheit der nationalen Regierungen und ihrer Bürokratenheere abzulenken. Der einstige bayrische Ministerpräsident Edmund Stoiber, früher ein schnaubender Euro-Skeptiker, stell-

Frankreich Jahrbuch 2012

Deutsch-französische Beziehungen: Entwicklungslinien
und Funktionswandel

(Hrsg.)

2013, VII, 257 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-01621-0